

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

5 Offensive Stadtentwicklung und Wohnungspolitik: Schrottimmobilien entwickeln

Der UB-Parteitag Bremen-Stadt fordert die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats auf, dafür zu sorgen, dass:

- 10 ▪ Eine Bestandsaufnahme verwahrloster Immobilien in der Stadt Bremen vorgenommen wird, mit dem Ziel, ob und wie sich die Lage seit 2010 verschärft hat. Dies ist mit möglichen Gegensteuerungsmaßnahmen dem Parlament zu berichten (Fortschrittsbericht).
- 15 ▪ Geprüft wird, ob das Wohnungsaufsichtsgesetz um eine Meldepflicht von mehr als 6 Monaten leerstehender Immobilien ergänzt werden kann.
- Mit den privaten Eigentümer/innen Lösungen für die Nutzung gesucht werden (Hilfestellungen, Verhandlungen sowie rechtlich mögliche Schritte bis zur Übernahme von Schrottimmobilien, um sie an Investoren „weiterzureichen“).
- Leerstehende Immobilien in städtischen oder Landesbesitz, bei denen Verwahrlosung droht, kurzfristig entwickelt oder beseitigt werden.
- Die notwendigen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden (soweit das bisher noch nicht geschehen ist).

20

Begründung:

Bremen braucht dringend (bezahlbaren) Wohnraum. Dazu hat der Senat ein Wohnungsbauprogramm aufgelegt, das in den nächsten Jahren eine deutliche Entlastung bringt.

25

2010 hat der Senat auf eine Anfrage der Grünen umfangreich zu verwahrlosten Grundstücken (Schrottimmobilien) in Bremen geantwortet. Danach gab es in der Stadt Bremen 15 verwahrloste Immobilien. Der Senat ging danach (im Gegensatz zu strukturellen Problemen in Bremerhaven) von Einzelfällen aus.

30

In Bremen stehen inzwischen deutlich mehr Immobilien leer und/oder verwahrlosen, zum Teil in guter Lage. Bremen soll deshalb gegen nachlässige Eigentümer/innen vorgehen. Die Bremerhavener Politik hat die Aufgabe dagegen bereits sehr erfolgreich vorangetrieben.